

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Damen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Geldschein täglich.
Bezugspreis monatlich 700 Mark. Falls
wir in der Herausgabe oder Lieferung der Zeitung
hinderlich sind, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: S. Schultze, Kamen.

Nr. 18

Dienstag, den 22. Januar 1924

52. Jahrgang.

Die Anhörung des Reichs- bankpräsidenten Dr. Schacht.

Wolffs Büro meldet aus Paris: Reichs-
bankpräsident Dr. Schacht und Re-
gierungsrat Dr. Meyer sind Montag
nachmittag 2 Uhr von dem Ersten Sachver-
ständigenausschuß zu einer offiziellen Bespre-
chung empfangen worden. In der um 3 Uhr
anschließenden offiziellen Sitzung wurde den
deutschen Vertretern der Fragebogen des Kom-
itees vorgelegt. Der Reichsbankprä-
sident gab zunächst in zweifelhafte, zusam-
menhängenden Ausführungen und daran an-
schließend auf einzelne Fragen der Komitee-
mitglieder Auskunft über die mit der Sanie-
rung der deutschen Währung in Verbindung
stehenden Fragen, insbesondere über seinen Plan
einer deutschen Goldnotenanleihe. Die
Sitzung war gegen 6 Uhr beendet. Dr. Schacht
und Dr. Meyer werden heute vormittag 10
Uhr vom Zweiten Sachverständigenausschuß
(deutsche Auslandsguthaben) gehört werden,
der gestern seine Arbeiten aufgenommen hat.
In dieser Sitzung wird den deutschen Vertre-
tern mitgeteilt werden, ob das Erste Komitee
sie nochmals zu hören wünscht.

Der zweite Sachverständigenausschuß

Ist Montag morgen ebenfalls zu seinen Be-
ratungen zusammengetreten. Der Vorsitzende
der Reparationskommission Barthou er-
klärte u. a. in einer Begrüßungssprache:
Weit entfernt, die dem Budgetausgleich und der
Stabilisierung der Währung so abträgliche
Kapitalflucht zu leugnen, hat die deutsche
Regierung eine Reihe legislativer und admini-
strativer Maßnahmen getroffen, um sie ein-
zudämmen. Es ist von Deutschen im
Auslande in Form von Depots, von Be-
teiligungen an bestehenden Gesellschaften und von
Holdings ein beträchtliches Kapital gebildet wor-
den, das die Leistungsfähigkeit Deutschlands in
Mitleidenhaft zieht und dadurch auch seine
Zahlungsfähigkeit beeinträchtigt. Der hervorragende englische Sachverständige
Mac Kenna schätzte im Dezember 1922 die
auf diese Weise nach dem Auslande abgeführ-
ten deutschen Kapitalien auf 1
Milliarde Dollar und zog unter beson-
deren Bedingungen deren Rücklauf in Betracht,
um sie der Reparationskommission zu über-
geben. Zwischen den beiden Sachverständigen-
komitees gibt es kein getrenntes Arbeiten, es
ist nötig, daß sie einander unterstützen und
zusammenarbeiten. Die ganze Welt ist an ihren
Bemühungen interessiert, da von ihnen zum
Teil das Gleichgewicht der Welt abhängig ist.
Die Beteiligung amerikanischer Staatsmänner
an den Arbeiten der alliierten Sachverständigen
ist eine bedeutsame Tatsache und ich lege Wert
darauf, ihre Wichtigkeit nochmals zu unter-
streichen. Daraus übertrug Barthou dem eng-
lischen Sachverständigen Mac Kenna den
Vorsitz des Ausschusses. In seiner Antwort
auf die Ansprache Barthous entschuldigte sich
der englische Delegierte Mac Kenna, seine
Rede nicht vorbereitet zu haben, weil seine
verspätete Ankunft ihm keine Zeit dazu ge-
lassen habe. Auf alle Fälle könne er
nichts Besseres tun, als die Worte bestätigen,
ja sogar sich zu eigen zu machen, die
vor acht Tagen General Dawes ge-
sprochen habe. Mac Kenna hat den ihm
angebotenen Vorsitz der Kommission angenom-
men. — In der Nachmittagsitzung, die von
3 bis 5 Uhr 30 Min. dauerte, hat der zweite
Sachverständigenausschuß einen allgemeinen
Meinungsaustausch über seine Aufgaben ge-
pflogen und beschlossen, die Anwesenheit
Dr. Schachts in Paris zu benutzen,
um von ihm Erklärungen über die
deutschen Auslandsguthaben und die Möglichkeit
ihrer Rückführung entgegenzunehmen. „Nabas“
zufolge hat Dr. Schacht diese Fragen bereits im
Ersten Sachverständigenausschuß durch den Hin-
weis darauf beantwortet, daß die Einführung
der von ihm geplanten deutschen Goldwährung
diese Rückführung begünstigen werde. Dr.
Schacht hat, wie Habas mitteilt, nach Schluß
der Sitzung des Ersten Komitees Journalisten
gegenüber erklärt, er habe sich verpflichtet, über
die Sitzung Stillzuschweigen zu bewahren, und er
werde Wort halten. Er könne nicht einmal
etwas über seine Eindrücke mitteilen. Im
übrigen liege es auch näher, die Mitglieder
des Sachverständigenausschusses um ihre Ein-
drücke zu befragen. Alles, was er sagen könne,
sei, daß er noch einige Tage in Paris bleibe
und morgen vom Zweiten Komitee gehört
werde, um sich über die deutsche Kapitalausfuhr
zu äußern.

Der Sturz der englischen Regierung

Ist am Montag Tatsache geworden. In der
Abstimmung, die um 11 Uhr im Unterhause
stattfand, ist das Kabinett Baldwin mit 328
gegen 256 Stimmen gestürzt worden. Das
Ergebnis der Abstimmung wurde von der Oppo-
sition mit stürmischem Beifall aufgenommen.
Bei der vorausgegangenen Debatte erklärte
in Zusammenfassung der Erörterung des Mit-
trauensantrages der Arbeit erpart. der Führer
der Liberalen, Sir John Simon, die Hauptpflicht
des Hauses sei, die unsichere
Regierung Baldwin zu beseitigen. „Ich
hoffe, daß eine Regierung der Arbeiterpartei
unter wohlwollender Haltung aller Parteien
das Amt übernehmen wird.“ Simon protestierte
aber gegen die Annahme, daß die Über-
nahme der Regierung durch den Führer der
Opposition im Unterhause bedeute, daß von
heute ab aus morgen England ein sozialistischer
Staat werde. Es sei jedoch eine große Mehrheit
von Stimmen vorhanden zu Gunsten eines neuen
Gehüses in der Regierung. — Außen-
minister Chamberlain, der Simons Rede scharf kri-
stisierte, sagte, die Koalition sei tot. Niemand
könne sie wieder beleben. Das Land habe nie-
mals angenommen, daß Lloyd George eine sozialistische
Regierung zur Macht bringen werde. Infolge
dieser Aktion werde Lloyd George in der Geschichte
als der letzte liberale Premierminister dastehen.
Auf Chamberlain folgte Mrs. Argyle Bond-
field, die die Regierung wegen ihres Ver-
haltens in der Arbeitslosenpolitik heftig an-
griff. — Baldwin verteidigte die Politik der
Regierung und erklärte, wenn sie beseitigt wer-
den sollte, würde sie ihrem Nachfolger keine un-
gelösten Probleme außer der Reparationsfrage,
der französischen Frage und der Frage der
Arbeitslosigkeit hinterlassen. Die Zukunft liege
zwischen der Konservativen und der Arbeiter-
partei.

Lohnbeschränkung ent- sprechend den staatl. Sätzen.

Eine Forderung des Finanzministeriums.

(W) Ein Berliner Morgenblatt veröffentlicht
ein Schreiben des Reichsfinanz-
ministeriums, das vom Ministerialdirektor
von Schöbinger unterzeichnet und an die Mi-
nister der Arbeit, der Wirtschaft, des
Verkehrs und der Post gerichtet ist.
Es wird darin darauf hingewiesen, daß in den
Schiedsgerichten der gesetzlichen Schlichtungs-
ausschüsse zum Teil erheblich höhere Löhne
und Gehälter bewilligt worden sind, als
das Reich jezt an die Beamten, An-
gestellten und Arbeiter zahlt. In
dem Schreiben wird weiter bemerkt, daß durch
eine aus der allgemeinen Notlage entstandene
Lohnpolitik der Privatwirtschaft die deutsche
Ware im Auslande konkurrenzfähig erhalten
werden könne. Nur bei einer weiteren
Senkung der allgemeinen Lebens-
haltungskosten kann man an den Sätzen
für die Bezüge der Staatsbediensteten festhalten,
die zu erhöhen vorerst die Knappheit der Mit-
tel verbietet. Das Reichsfinanzministerium wird
mit dem Schreiben gebeten, an die Schlichtungs-
ausschüsse im Sinne einer Lohnminderung auf die
geschätzten Gesamtverhältnisse einwirken zu
wollen. Für den Fall, daß dies nicht zum Erfolg
führen sollte, wird angeregt, ob nicht durch eine
auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlas-
sende Verordnung die Spruchstätigkeit der Schlich-
tungsausschüsse dahin einzuschränken wäre, daß
diese die Gehaltsätze des Reichs
nicht oder nur mit besonderer Vor-
aussetzung übersteigen. Dieses Schrei-
ben des Ministerialdirektors von Schöbinger, das
die Billigung des Reichsfinanz-
ministers gefunden hat, hat den Blättern zu-
folge in den Kreisen der Gewerkschaften und
bei einigen Schlichtungsstellen lebhaften
Protest hervorgerufen. Wie die Blätter hören,
wollen die Spitzenverbände der freien Ge-
werkschaften Abwehrmaßnahmen treffen. Durch
die sozialdemokratische Partei soll
im Reichstag eine Anfrage eingebracht wer-
den, ob die Reichsregierung mit dem Vorschlage
des Reichsfinanzministeriums einverstanden ist
und ob der Inhalt des erwähnten Schreibens
dem Kabinett vorgelegt wurde und dessen
Billigung gefunden hat.

Ablehnende Antwort des Arbeits- ministers.

Auf das Schreiben des Reichsfinanzministers
an den Reichsarbeitsminister bezüglich der Lohn-
festsetzung in der Privatindustrie durch gesetz-
liche Schlichtungsausschüsse hat der Reichs-
arbeitsminister u. a. geantwortet: Ich

halte es nicht für möglich, einen all-
gemeinen Grundsatz aufzustellen, wonach die
Löhne und Gehälter der Privatindustrie über
die Bezüge der öffentlichen Arbeiter nicht
hinausgehen dürfen. Die Löhne und Gehälter
werden sich stets in erster Linie nach den be-
sonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der
einzelnen Industrie- und Gewerbebezüge rich-
ten müssen. Ich halte ein Festhalten an dem
Lohnniveau der öffentlichen Arbeitnehmer in
größem Maße, als es die Löhne der ein-
zelnen Erwerbszweige drängen verlangen, mit
Rücksicht auf die Notwendigkeit einer möglichst
großen Steigerung der Kaufkraft und ihre Ein-
wirkung auf die Wiederbelebung der Wirtschaft,
nicht für wünschenswert. Die Lohnhöhe der
öffentlichen Arbeitnehmer kann nur eine der
Tatsachen sein, die bei Lohnverhandlungen
neben anderen wichtigen Umständen in Be-
tracht kommt. Es kommt hinzu, daß den Ar-
beitern und Angestellten der
öffentlichen Arbeitgeber gewisse
soziale Vorteile gewährt sind, die
anderen Arbeitnehmern regelmäßig nicht in
dem Maße zuteil werden, was bei der Lohn-
bemessung gleichfalls berücksichtigt
werden muß. Für völlig ausgeschlossen er-
achte ich es, daß auf Grund des Ermächtigung-
sgesetzes den Schlichtungsausschüssen Grenzen für
die von ihnen vorgelegten Lohnsätze vor-
geschrieben werden. Die Schiedssprüche kommen
im übrigen durch Abstimmung der Beteiligten
zustande, und es ist nicht ersichtlich, wie die
Besitzer zu einer der Vorschläge des Reichs-
finanzministeriums entsprechenden Abstimmung
gebracht werden sollten. Eine Bindung der
Schlichtungsausschüsse durch eine Art Sperrgesetz
halte ich für unvereinbar mit der Freiheit
des Tarifvertrages und der Eigenart des
Schlichtungswesens.

Zum Beamten-Abbau.

(W) Der Sparauschuß des Reichstages er-
sucht in seiner Sitzung das Reichsverkehrs-
ministerium, den abgebauten und abzubauen über
60 Jahre alten Beamten, die aus dem Eisen-
bahnarbeiterstande hervorgegangen sind und
eine langjährige Gesamtdienstzeit bei der
Eisenbahnverwaltung zurückgelegt haben, auch
dann einen Ruhegehalt zu gewähren, wenn sie
als Beamten noch keine ruhegehaltsberechtigten
Dienstzeit von 10 Jahren hinter sich haben.
Die Regierung sagte zu, im Sinne des obigen
Antrages zu verfahren.

Zu der Ablehnung der Fassung, die der
ständige Ausschuß des Landtages dem Ent-
wurf der preussischen Abbauregierung gegeben
hatte, durch das Staatsministerium, teilt der
amtliche Preussische Pressedienst mit, daß für
die Stellungnahme des Staatsministeriums der
Umfang entscheidend war, daß der in den Be-
schlüssen des ständigen Ausschusses vorgesehene
Kontrollapparat zu kostspielig sei und zudem
in seiner nicht ganz präzisen Fassung der
Durchführung die größten Schwierigkeiten ent-
gegenstehen würde. Es soll nunmehr versucht
werden, für den Entwurf eine Fassung zu
finden, die dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit
hinreichend Rechnung trägt und die gleichzeitige
Durchführung des Abbaues ermöglicht.

Betriebsruhe auf den rheinischen Braunkohlengruben.

(W) Mit Ausnahme von zwei Gruben ruht
der Betrieb auf allen Braunkohlengruben.
Die ausländischen Arbeiter sind von den Werk-
leitungen entlassen worden. Die Kohlen-
arbeiten, die von den Streikenden auch verweigert
wurden, werden von Arbeitswilligen und
Betriebsbeamten, z. T. unter dem Schutz von
Polizeikommandos durchgeführt. Die Kohlen-
versorgung der Bevölkerung ist durch ausrei-
chenden Vorrat sichergestellt. Der Absatz über
Land ging bisher ungehindert vonstatten. Der
Betrieb des Kraftwerkes Fortuna, das die Stadt
Köln mit elektrischer Energie versorgt, wird
durch die Beamten und durch die von der bri-
tischen Besatzungsbehörde requirierten deutschen
Arbeiter aufrecht erhalten. Die Kohlenlieferung
erfolgt von der Grube Fortuna, die im übrigen
nicht arbeitet.

Bedingungslose Streikbeendigung.

Nach Mitteilungen von gewerkschaftlicher
Seite ist der Streik in der oberstelektischen
Eisenindustrie beendet. Die Arbeit wird von
allen Beteiligten zu den Bedingungen
der Arbeitgeber voll aufgenommen.

Ein Telegramm Elbes über die Unter- suchung in der Pfalz.

(W) Im englischen Unterhause verlas der
Unterstaatssekretär des Äußeren Ronald Mac
Neill ein langes Telegramm des eng-
lischen Generalkonsuls Elbe, worin
dieser die Ergebnisse seiner künftigen Unter-
suchung in der Pfalz mitteilt. Das

Telegramm besagt u. a.: 75 Prozent Se-
paratisten sind von außerhalb nach der
Pfalz gekommen. Sie umfassen unzweifelhaft
zahlreiche Vorbestrafte und Männer, die gänzlich
unbefähigt sind in den Geschäften einer
Regierung. Die katholische und die protestan-
tische Kirche, die amtlichen Kreise und die
Mehrheit der Bevölkerung in den großen
Städten weisen den Gedanken einer Restrennung
von Bayern zurück. Ein beträchtlicher Teil der
Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber einer
Frage der Restrennung von Bayern, steht einer
Abtrennung vom Reiche feindlich gegenüber. In
bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich
unter den Bauern und unter den soziali-
stischen Arbeitern, besteht Neigung für
Schaffung eines rheinischen Staa-
tes unter Einfluß der Pfalz, der
politisch unabhängig, aber wirtschaftlich
mit dem Reiche verbunden sein soll.
Dieser Teil der Bevölkerung fürchtet eine mi-
litärische Politik von Berlin und München.
Die Loyalitätserklärung ist in allen Teilen
zurückgewiesen worden. Die in einer Menge
von Fällen unter Drohungen erlangte
Unterzeichnung könnte die Annahme nicht
rechtfertigen, daß die Mehrheit der Bauern
der autonomen Regierung günstig ist.

(W) Die pfälzischen Zeitungsbe-
leger haben beschlossen, die Ausgabe ihrer
Zeitungen am nächsten Freitag einzus-
tellen. Sie fordern Pressefreiheit.

Von der Schreckensherrschaft der Separatisten.

Im Regierungsbezirk Speyer herrschte am
5. Januar, wie nachträglich aus zuverlässiger
Quelle gemeldet wird, eine wahre Schre-
kensherrschaft. Separatistische Trupps
drangen in die Gefängniszellen
ein und mißhandelten die Gefan-
genen in furchtbare Weise. Ihre
Klaggerufe und Schreie erfüllten das ganze Ge-
bäude. Verwundete der Verhafteten wurden
mit Gummiknüppeln bis zur Be-
wußtlosigkeit geschlagen und mußten zwei
Tage liegen bleiben, ehe man sich
wieder an sie kammerte. Besonders
schrecklich waren die Schreie einer Frau,
die weithin vernehmbar waren.

Die Wahlreform.

Wie die Blätter von zuständiger Seite er-
fahren, wird die Frage einer Wahlreform, Ver-
minderung der Zahl der Abge. und Neuein-
teilung der Großkreise in Wahlkreise z. B. er-
wogen und steht kurz vor dem Abschluß. Sie
hängt damit zusammen, daß künftig die Zahl
der Abge. nicht mehr wie bisher beweglich sei,
sondern fest stehen bleiben sollte. Die Wahl-
reform wird sich durchaus an Maßnahmen der
Reichsverfassung halten und soll die Vorteile
der früheren Einernahl mit der Verhältniswahl
verbinden. Die Wahlreform zielt auch darauf
ab, eine enge Verbindung zwischen Wählerchaft
und Abge. wieder herzustellen. Weitere Einzel-
heiten können erst gesagt werden, wenn die
Vorarbeiten zum Abschluß gekommen sind, und
das Reichskabinett zu der Vorlage Stellung
genommen hat, was vielleicht bis Anfang der
nächsten Woche der Fall sein dürfte.

Im amerikanischen Senat

unternahm Senator Dora einen starken Vor-
stoß gegen den französischen Militarismus und
setzte sich energisch dafür ein, daß die Juten
für die französischen Schulden an Amerika ein-
gefordert werden und eine Regelung der Frage
überhaupt erfolgt. Der Senat hat zwar keinen
Beschluss gefaßt, es ist aber an einem Wider-
spruch damit erfolgt. Senator Owen hat
ernst ausgeführt, daß Frankreich und Rußland
als die eigentlichen Kriegschuldigen angesehen
werden müßten, was ebenfalls ohne Widerspruch
angenommen wurde. In einem großen Teil
der Presse wird der Sturz des französischen
Franken auf die verheißte Politik der fran-
zösischen Regierung zurückgeführt und zum Aus-
druck gebracht, daß die von dieser unternom-
menen Versuche den Franken zu stützen
auf die Dauer ohne Erfolg bleiben müßten.

Der englische Eisenbahnerstreik.

(W) Der Leiter des Eisenbahnerstreiks hofft,
daß der Zustand bald allgemein ist. Es
wird berichtet, daß sich Mitglieder der Gewerk-
schaften von Thomas den Streikenden an-
schließen wollen, u. a. in Warrington und teil-
weise in Crewe. Am wenigsten in Mitleiden-
schaft gezogen ist der Betrieb der London-
Midland-Schottlands-Eisenbahngesellschaft, welche
70% des normalen Dienstes aufrecht zu erhalten
gedenkt. Aus welchem Grunde die Leute von
Thomas die Streikenden unterstützen wollen,
wird sich erst später zeigen. Man hält ihre
Haltung für entscheidend. In einer Versamm-
lung der Streikenden wurde Thomas mit dem
Aufe „Verräter“ begrüßt.

Westfalen und Rheinland.

Ramen, 22. Jan. (Verfälschung.) Wie dem amtlichen Preussischen Pressedienst aus dem Wohlfahrtsministerium geschrieben wird, ist bei Berechnung der gesetzlichen Mieten eine wesentliche Vereinfachung des bisher gültigen Verfahrens herbeigeführt worden. An Stelle des Umlageverfahrens tritt eine einfache Berechnung der Miete auf Grund von Zuschlägen zur Grundmiete. Als Grundmiete gilt nach dem Mietminderungsrecht der am 1. Juli 1914 gezahlte Mietpreis mit den in der Friedensmiete enthaltenen Beträgen für Betriebs- und Instandhaltungskosten, Zentralheizung und Warmwasserbereitung. Die Grundmiete wird nach wie vor in Papiermark berechnet und spielt daher in dem Gesamtbetrag praktisch keine Rolle. Die vom 1. Febr. ab zu zahlende Miete setzt sich im wesentlichen aus Zuschlägen zusammen, die in Hundertsätzen der Friedensmiete (nicht mehr wie bisher der Grundmiete) ausgedrückt und in Goldmark zu berechnen sind. Der Begriff Friedensmiete ist bekannt. Die Zuschläge, die nunmehr einheitlich für ganz Preußen gelten, betragen insgesamt 3) v. H. In Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserbereitung sind nach wie vor die Kosten der Heizstoffe gemäß den Bestimmungen des Mietminderungsrechts getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen. Was die Betriebskosten betrifft, so ist dem Vermieter das Recht eingeräumt, in Fällen, wo er nachweislich mit dem festgesetzten gesetzlichen Zuschlag von 15 vom Hundert nicht ausreicht, den fehlenden Betrag vorzutragen. Jedoch darf diese Umlage zur Deckung eines Höchstbetrags, 3 vom Hundert der Friedensmiete nicht übersteigen.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Montag — 4 189 500 000 000 bis 4 210 500 000 000, das englische Pfund — 17 855 250 000 000 — 17 944 750 000 000, der holl. Gulden — 571 063 000 000 — 578 937 000 000, der schweizerische Franken — 733 163 000 000 bis 738 837 000 000, der französische Franken — 187 031 000 000 — 187 969 000 000.

(Eisenbahnotgeld.) Nach dem Aufruf von kommunalen und Länder-Notgeld ist in der Öffentlichkeit vielfach die Ansicht verbreitet, daß auch das Eisenbahnotgeld davon betroffen sei. In einem Aufsatze des Herrn Reichsfinanzministers, „ausdrücklich betont, daß das Eisenbahnotgeld jeder Art ausgetauscht bleibt. Das auf Papiermark lautende Notgeld der verschiedenen Reichsbahndirektionen und der Reichsbahn, sowie auch das werbefähige Eisenbahnotgeld werden bis auf weiteres nicht ausgetauscht und bleiben selbst dann im Umlauf, wenn auf den Scheinen ein bestimmter Einlösungstermin angegeben ist. Die Einlösung kann bei den hiesigen Banken und den Eisenbahnanlagen erfolgen. Eine Annahmeverweigerung ist daher grundlos.

(Der Grenzstempel.) Die Franzosen verlangen für den Eintritt in das besetzte Gebiet bekanntlich entweder einen „Belegstempel“ oder einen „Grenzstempel“. Der letztere ist für diejenigen Personen vorgesehen, die in unmittelbarer Nähe der Grenze des besetzten Gebietes wohnen und die aus beruflichen, wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen auf einen dauernden Verkehr über die Grenze angewiesen sind. Die Besatzungsbehörde hat sich nunmehr bereit erklärt, in Zukunft auch den Bewohnern des Kantons El Hamm, die bisher einen Belegstempel bedurften, einen Grenzstempel auszustellen. Dieser hat den Vorzug der erheblichen größeren Billigkeit und der größeren Einfachheit in der Beschaffung. Zur Erlangung des Grenzstempels bedarf es der Vorlage eines mit Lichtbild versehenen, von der zuständigen Ortspolizeibehörde ausgestellten Personalausweises, dem von der zuständigen Stelle der besetzte Stempel aufgedruckt wird. Einmalige Anträge von Arbeitslosen auf Ausstellung von Grenzstempeln sind bis spätestens zum 25. d. Mts. bei den Ortspolizeibehörden zu stellen.

Wie der Kriegerehrung in der Euthetische wird den nächsten Tagen begonnen werden. Damit kein Name vergessen wird, werden die Angehörigen der im Kriege gefallenen und vermissten evangelischen Gemeindeglieder gebeten, Dienstgrad, Name und Todesort auf dem evangelischen Gemeindeamt, Klosterstraße 8, vormittags von 9—12 Uhr, anzugeben, und zwar sofort in den nächsten Tagen. Ganz besonders werden die Angehörigen der Vermissten auf diese Anmeldung aufmerksam gemacht. Da das Presbyterium kein Verzeichnis der vermissten Gemeindeglieder besitzt, können nur diejenigen Vermissten in die Ehrenliste aufgenommen werden, deren Namen dem Gemeindeamt mitgeteilt werden.

(Magnetische Stürme drohen.) Amerikanische Astronomen haben am östlichen Rand der Sonne einen großen Sonnenfleck entdeckt, dessen Durchmesser mehr als zweimal so groß wie der Erdball sein soll. Die Astronomen erklären, daß man in einigen Tagen magnetische Stürme zu erwarten habe.

Hamm, 21. Jan. (Mordüberfall.) Wie der Bericht der Kriminalpolizei meldet, wurde vor einigen Tagen an der Heesenerstraße ein Kaufmann in seinem Geschäft von 2 jungen Burschen überfallen. Sie schlugen ihn mit einer Eisenstange derart, daß er bewußtlos wurde. Die Täter wurden jedoch verhaftet und konnten entfliehen. Die Kriminalpolizei ermittelt die Täter.

Verdingen bezw. Heffen stammen und erst 18 Jahre alt sind. Sie hätten die Absicht, die Lebenskasse zu rauben, um in den Besitz von Geldmitteln zur Auswanderung nach Brasilien zu gelangen. Die beiden jugendlichen Räuber sind gefänglich, ihre Tat ist sehr wahrscheinlich ein Ausfluß der verberblichen Schundliteratur.

Dortmunder Handelskammer.

Dortmund, 22. Jan. In der ersten Vollversammlung der Dortmunder Handelskammer im neuen Jahre, die am letzten Freitag stattfand, wurde Herr Kommerzienrat Köster, der langjährige stellvertretende Vorsitzende der Kammer, einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt, während an seine Stelle Herr Gust. Wislitzki zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Herr Dr. A. Klein wurde zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt. Nach einer lebhaften Aussprache über die veränderte Handhabung der Erhebung der Arbeitslosen- und Brotverordnungsabgabe im alt- und neubefestigten Gebiet sagte Herr Wislitzki: „Die Handelskammer stellt mit Befremden fest, daß alle ihre Vorstellungen, von der Erhebung der Brotverordnungs- und Arbeitslosenabgabe (Friedensmiete) im Einbruchgebiet abzuweichen, unberücksichtigt geblieben sind. Sie bedauert, daß die Reichsregierung der schwierigen Wirtschaftslage, in der sich die abgabepflichtigen Unternehmungen des Einbruchgebietes infolge der moralischen Stilllegung während des Inbruchs befinden, in keiner Weise Rechnung trägt. Die Abgabe bedeutet eine besondere Belastung und geradezu eine Strafe für solche Unternehmungen, die während der Zeit der Inanspruchnahme der Arbeitslosenabgabe als einzigen Mittel zur Erhaltung der Existenz aufrecht erhalten haben. Die Handelskammer kann insbesondere das Vorgehen der Finanzämter bei der Erhebung dieser Abgaben, bei der sie auf Zwangsversteigerungen nicht zurückgreifen, nicht gutheißen in einer Zeit, in der gerade im Bereich der Wirtschaft die Vermögenswerte zum Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft auf das Dringendste benötigt werden. Nach der Auffassung der Kammer ist das Verhalten der Finanzämter in der Hinsicht, die Wiederaufbau der Wirtschaft zu erschweren, nicht zu billigen. Die Handelskammer verlangt mit gegenseitigen Entgegenkommen der Reichsregierung, daß die Unternehmungen des Einbruchgebietes in der Zeit zur Aufbringung der genannten Abgaben, soweit sie noch nicht gezahlt sind, nicht in der Lage sind. Sie erwartet zum mindesten Umsonst an die Finanzämter des Einbruchgebietes, insbesondere Dortmund und Herde, die Erhebung der Arbeitslosenabgabe in der Höhe der Erhebung in der Einbruchzone so lange aufzuschieben, bis die Erhebung der Abgaben im altbefestigten und im Einbruchgebiet erfolglos durchgeführt ist.“

Zum Schluß der Sitzung wurde die Versorgung der Arbeiterschaft seitens der Industrie mit Lebensmitteln in der Sprache gebracht. Die Handelskammer bezichtigt die Lebensmittel-Lieferanten an sich als unzuverlässig, sie hat aber das Vertrauen, daß die Industrie bei der Lebensmittellieferung an ihre Vertriebsstellen nicht weiter geben wird, als die Verhältnisse im Augenblick es unbedingt fordern. Die anwesenden Vertreter des Einzelhandels erklärten sich mit dieser Stellungnahme einverstanden.

Die Lebensmittelangelegenheit des Stinneskonzerns an die Arbeiter.

Dortmund, 21. Januar. Das Handwerksamt der verdingten Innungen zu Dortmund hatte bekanntlich über die Verteilung der Lebensmittel durch den Stinneskonzern mit Generaldirektor Böglers verhandelt. Das Ergebnis dieser Aussprache wird nunmehr der Öffentlichkeit mitgeteilt: Die verschiedenen Gerichte, die sowohl in Kreisen des gewerblichen Mittelstandes, und auch in der Arbeiterschaft umfassen, haben Böglers zu der Erklärung veranlaßt, die Beschränkungen, daß die Großindustrie die Arbeiterschaft, die jetzigen Zustände der Versorgung von Lebensmitteln an die Arbeiterschaft zu dauernden zu machen, hätten keine Begründung. Bedingt unter dem Zwange der Verhältnisse habe man, um die Auslandscredite zu erhalten, zu dem Umwege über die Lebensmittel, gezwungen. Der Großindustrie sei dieser umständliche Weg äußerst uneben, aber es habe sich kein anderer Ausweg gezeigt. Sobald sich nur irgendwelche Gelegenheit biete, Kredite auf anderem Wege zu erhalten, werde man von dem Verhältnis zu den Lebensmittel-Lieferanten wieder abgehen. Hoffentlich könne die Reichsbank dem Kreditbedürfnis der deutschen Industrie bald wieder schritt gerecht werden. Die Gewerbetreibenden und die Arbeiterschaft könnten die beschriebene Verhältnisse in gegenseitigen, daß der augenblickliche Zustand soviel wie möglich beibehalten werde. Bemerkenswert war auch die Feststellung, daß die Aufnahme dieser Kredite ohne die Zustimmung von Hugo Stinnes erfolgt ist. Böglers legte dem Geschäftsführer des Handwerksamtes ein Schreiben von Hugo Stinnes vor, in dem Stinnes dem Generaldirektor Böglers sein Vertrauen über die Verteilung an diesem Kredit ausdrückt und darauf hinweist, daß das zu seinem Konzern gehörende Margarine-Werk sich darüber gefreut habe, daß die Konsumantinnen des Konzerns jetzt anstelle der Margarine holländische Erzeugnisse verkaufen. Stinnes drückte den Wunsch aus, daß dieser Lebensmittelkredit recht bald wieder eingeführt werden möchte. Weiter wurde auch die Frage der Konsumantinnen und der Eigenbetriebe besprochen. Böglers erklärte, daß auch für eine Einschränkung Platz greifen müsse, um den Bedürfnissen und den vielfach geäußerten Wünschen der selbständigen Gewerbetreibenden zu entsprechen. Bei den Konsumantinnen solle der Kredit der zum Verkauf gelangenden Waren künftig auf Lebensmittel beschränkt bleiben. Bei den Eigenbetriebe (z. B. kleine Handwerksbetriebe) habe es sich

gezeigt, daß die Erzeugnisse wesentlich teurer gekommen sind, als wenn man sie aus Händen der Gewerbetreibenden bezogen hätte.

Dortmund, 21. Jan. (Geldfälscher festgenommen.) Der 21 Jahre alte Arbeiter Alfred Heis und der 18jährige Alfred Andrie wurden wegen Fälschung und Verbreitung gefälschter Reichsbanknoten verhaftet. Sie verschafften sich 10- und 20-Mark-Banknoten vom 1. 9. 1923, entzifferten von dem Worte Million das M und setzten an dessen Stelle den Buchstaben B. Bei Annahme der Banknoten erscheint es rätlich, auf das Ausgabedatum der Scheine zu achten, da im Monat September noch keine Billionen-Banknoten von der Reichsbank ausgegeben wurden.

Berghofen, 21. Jan. (Vermi.) Am 15. d. M. entfernte sich der Hüttenarbeiter Heinrich Adersmann von seiner Wohnung, Berghofen, Förderstraße 92, um, wie er sagte, einen Spaziergang zum See zu machen. Von diesem Wege ist er nicht zurückgekehrt. Der über den Verbleib des Vermissten näheres berichten kann wollte die Angaben an Berghofen, Förderstraße 92, richten.

Höfsten, 21. Jan. Ein Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag auf der Höfster Chaussee, der leicht schwere Folgen hätte haben können. Der Fahrer des Autos überfuhr die in der Nähe der Wirtschaft Harde am Damme befindliche Straßengrube, jedoch der Wagen gegen einen Baum prallte und vollständig zertrümmert wurde. Zwei Personen erlitten leichtere Verletzungen, während die übrigen Insassen mit dem Schrecken davon kamen.

Schweres Straßenbahnunglück.

Hagen, 21. Jan. An der Alleestraße kam ein stark besetzter Straßenbahnwagen ins Rollen und stauete mit voller Wucht die Eisenbahnschienen hinab. Soweit bis jetzt festgestellt, erlitten 25 Fahrgäste Verletzungen, darunter 4—5 Knochenbrüche. Aus bisher nicht bekannter Ursache konnte der Wagen an der bergab führenden Alleestraße nicht gebremst werden. Er setzte fortzufahren im Gleitflug in einem Bogen von etwa 10 Meter über die Ladestraße der Eisenbahn hinweg auf ein Gleis. Ein gerade vorüberkommendes Schuppolommando übernahm sofort die Absperrung. Der kommandierende Offizier stellte sein Auto zum Abtransport der Verwundeten zur Verfügung und beauftragte die städtischen Sanitätsautos und die Feuerwehr, die alsbald zur Stelle waren, zur Hilfeleistung. Es liegen einige sehr erhebliche Verletzungen von Fahrgästen vor, die in hiesigen Krankenhäusern untergebracht sind. Als Glück im Unglück ist es zu betrachten, daß der Wagen nicht auf das Dach, sondern auf das untergefallene zu fallen kam.

St. Ingens, 17. Januar. (Volkshaus.) Der Großhändler Anton Bremer wurde vom zuständigen Gericht zu 4 Wochen Gefängnis und 500 Goldmark Geldstrafe verurteilt, weil er große Mengen verdorbener Konserven in den Verkehr gebracht hatte.

St. Ingens, 18. Jan. (Mittige Tat.) Der Prämianer Karl Proermann rettete in der Nähe der Eisenbahnbrücke einen Knaben mit eigener Lebensgefahr aus den eiligen Fluten der Lippe.

Mordanschläge auf Polizeibeamte.

Essen, 21. Jan. Freitagabend wurde eine Patrouille des ersten Polizeireviere, die aus zwei Beamten bestand, gegen 8.50 Uhr in der Straßenkreuzung Hütten- und Kronprinzstraße gegenüber dem Gebäude der Essener-Gesellschaft aus einer Entfernung von 3—4 Metern von drei Personen beschossen und schwer verwundet. Die Beamten, von denen einer drei, der andere zwei Schüsse erhielt, wurden ins Krankenhaus geschafft. Die Verletzungen sind aber so schwerer Natur, daß mit ihrem Tod gerechnet werden muß. Die Täter ergriffen sofort in der Richtung Hütten- und Kronprinzstraße nach dem Stadtkern die Flucht. Es wird weiter berichtet, daß in den letzten vier Tagen drei weitere Überfälle auf Polizeibeamte ausgeführt worden sind, die aber glücklicherweise ohne ernste Verletzungen verlaufen sind. Allem Anschein nach scheint es sich bei diesen Überfällen um eine systematische Verschwörung zur Beseitigung der Polizeibeamten zu handeln. Überfälle solcher Art und in solcher Zahl waren früher gänzlich unbekannt. Sie werden durch die mangelhafte Straßenbeleuchtung in der Nacht erschwert, so daß es dringend geraten erscheint, zunächst einmal diesen Mangel, der u. a. auch zu einer Mehrzahl der Einbruchsdiebstählen und sonstigen Vergehen geführt hat, zu beseitigen.

Witten, 21. Jan. (Mordfall auf einer Eisenbahn.) Am Mittwochabend zwischen 6 und 7 Uhr erschossen auf der Eisenbahnstrecke Schaeffhausen vier maskierte Männer mit vorgehaltenem Revolver und raubten aus der dortigen Kasse 600 Millionen sowie eine Anzahl schweizerischer Franken und Gulden. Zwei der Männer hatten das Gesicht geschwärzt, während sich die beiden anderen schwarze Tücher vorgebunden hatten.

(W.) Düsseldorf, 19. Januar. Das Justizministerium nimmt hier immer mehr überhand. In den letzten zwei Tagen konnte die Polizei 5 verschiedene Fälschungen von Not-

geld und Reichsbanknoten ausfinden. Es deckt sich um drei Banden und mehrere hundert Personen. Etwa 10 Personen sind hinfertig worden.

Vereinsnachrichten.

Ramen, 22. Jan. Die Sänger-Vereinigung Ramen nimmt in Gemeinschaft mit zwei weiteren Vereinen aus Lina und Massen an dem internationalen Wettstreit in Münster teil. Die Leitung hat Herr A. L. aus Massen, der Dirigent der drei Vereine, Gesungen wird in der 2. Klasse. Der Wettstreit findet an den Pfingsttagen statt.

Schwerte, 21. Januar. Die Deutsche nationale Volkspartei unseres Wahlkreises hält am Sonntag, den 27. Januar, 2 Uhr 30 Min., in Schwerte, Hotel Westfälischer Hof, ihren diesjährigen Landesverbandsparteitag ab. Am 12 Uhr mittags tagen bereits die berufständischen Ausschüsse, der Frauen- und der bürgerliche Ausschuss. Außer Anträgen der Abgeordneten des Wahlkreises, die sämtlich zugehen sein werden, soweit sie der Deutschen nationalen Volkspartei angehören, werden Vorträge halten die Herren Reichstagsabgeordneten Dellmann und Graef-Thüringen, sowie ein Abgeordneter, der selbst Beamter ist.

Konzert, Theater re.

Ramen, 22. Jan. Der „Evangelische Kirchenchor Ramen“ hat beschlossen, am Karfreitag in der Pauluskirche ein großes Konzert zu veranstalten. Zur Aufführung gelangt „Jahs Opferung“, ein Kirchenoratorium nach Worten der Heiligen Schrift und des Gesangbuchs, zusammengefasst von dem bekannten Professor der Theologie Dr. Friedrich Zimmer und in Musik gesetzt von Hermann Franke in Sorau für Solosänger, Frauen-, Männer- und Gemischten Chor mit Orgelbegleitung. Das Werk gibt die biblische Erzählung von Abraham, der sich bereitfindet, seinen Sohn zu opfern, und ist deshalb geeignet, in der Passionszeit als Typus des neustamentlichen Opfers verwandt zu werden.

Dortmunder Schachviertelmarkt.

Dortmund, 22. Jan. Zu dem gefrigen Schachviertelmarkt waren aufgetrieben: 365 Stück Großvieh, 304 Kälber, 42 Schafe, 1533 Schweine. Bezahlt wurden in Goldmark für 100 Pfund Lebendgewicht: Rinder: 1. Schafe: b) 40 bis 45, c) 30—40, d) 20—30; 2. Bullen: a) 35 bis 45, b) 25—35, c) 15—25; 3. Färsen und Kühe: a) 45—50, b) 45—50, c) 35—45, d) 25 bis 35, e) 12—25. Kälber: b) 60—70, c) 50—60, d) 40—50, e) 30—40. Schafe: 2. Weibschafschafe: a) 35—45, b) 20—35. Schweine: a) 65—80, b) 60—65, c) 60 bis 65, d) 55—60, e) 45—55. Marktverlauf: Großvieh sehr langsam, sonst langsam. In den Preisen sind enthalten die Unkosten an Fracht, Viehpfleggebühren, Umfahrtsenergie, Händlergewinn.

Wirtschaftszahlen.

1 Goldmark	1 000 000 000 000
1 Goldpfennig	10 000 000 000
Silber-Ankaufspreis	400 000 000 000
Dollar-Mittelkurs	4 210 000 000 000
Reichssteuer-Umrechnungssatz	1 000 000 000 000
Reichsindexziffer (A. 1.)	1 110 000 000 000

Briefkasten.

Brasilien. Ob die Brasilien-Siedlung Langenbach-Hagen empfehlenswert ist, können wir nicht sagen. Im übrigen sollen die noch in Aussicht genommenen Transporte auch so gut wie abgeschlossen und weitere Umschlüsse an diese nicht mehr möglich sein. Anfragen sind deshalb zwecklos. Nach den Berichten, welche Hagerer Zeitungen gaben, bildete sich in Hagen ein Bund für Siedlungen in Brasilien, der im Rahmen einer Genossenschaft aufgebaut ist und dessen Geschäftsführung Lagerist Langenbach, Hagen-Gemeinde, am Walderand 33, übernommen hat, der selbst mit auswandert und nach dem auch die spätere Siedlung in Brasilien genannt werden soll. Mindestens 600—800 Familien werden in den nächsten Wochen allein aus Hagen und seiner näheren Umgebung die Heimat verlassen. Die Kosten der Ueberfahrt, die 30 Goldmark betragen, werden den Siedlern später wieder in bar zurückerstattet. Dem ersten Transport, der bekanntlich vor einigen Tagen vom Hagerer Hauptbahnhof abgegangen ist, folgt am 23. d. M. ein zweiter, der wieder etwa 400 Personen in fernes Land führen wird. Der dritte Transport geht am 6. Februar, der vierte am 8., der fünfte am 27. Februar und schließlich der sechste und letzte Transport am 3. März ab. Der Bund hat den Plan, den bei Sao Paulo gelegenen Waldboden, sobald er urbar gemacht ist, als Ackerboden nutzbringend zu bearbeiten. Wo Rump vorhanden, sollen Viehherden auf Kosten des Bundes gehalten werden. In einigen Jahren hofft man Schlachthäuser, Gerbereien, Mägen usw. bauen und so die Siedlung schnellstens auf eine hohe Kulturstufe stellen zu können. Jeder Reisende muß sich verpflichten, zunächst 15 Tage im Monat Straßen- und Eisenbahnbauten auszuführen, wofür die Regierung Vergütungen leistet, um so den Anstößern sofort eine Existenzmöglichkeit zu schaffen. Nahrungsmittel, Sämereien, Pflanzen, landwirtschaftliche Geräte, überhaupt alles, was zum Fortkommen der Siedler nötig ist, stellt die brasilianische Regierung. Die veranlagten Gelder sind nach gesetzlich festgelegten Bestimmungen zu versetzen und amortisieren.

H. G. Ihre Anfrage finden Sie in einem anderen Briefkastenantwort der heutigen Nummer erledigt.

100 G. S. Die preussischen Könige gehörten zum Fürstengeschlecht „Hohenzollern“. Dieses stammte von dem holländischen Grafengeschlecht der Burgundier ab. Den Familiennamen Zollern führten Herzog Bernhard und Herzog von Zolotin. — Wer ist ein lateinisches Wort und heißt König?

G. W. 1 in Bergkamen. Ein brasilianisches Konsulat befindet sich in Hamm. Weiteres ist uns nicht bekannt.

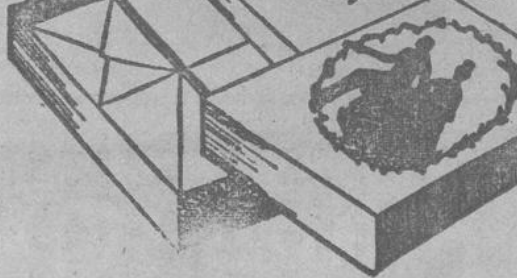
Zu aussergewöhnlich niedrigen Preisen

biete ich Ihnen eine günstige Gelegenheit zum Einkauf.

Steingut		Glas		Porzellan	
Essteller tief	0.15	Satz Schüsseln (Diamant) 5 teilig	2.75	Essteller (Feston) tief, la.	0.48
Tassen weiss	0.15	Dessertteller	0.15	Schüsseln (Feston)	1.25
Tassen bunt	0.19	Kuchenteller 30 cm	1.20	Fleischplatten (Feston) oval	0.95
Schüsseln quadrat. 1.10 0.95 0.80 0.60	0.40	Compots (Roland) Stück 2.45 1.30 0.90	0.70	Milchkannen weiss	1.40
Satz Schüsseln weiss	1.80	Dessertteller (Roland)	0.35	Zuckerdosen weiss	0.30
Satz Schüsseln weiss	1.60	Compots (geschliffen)	1.90	Butterdosen weiss	0.60
Satz Schüsseln bunt	2.20	Wassergläser	0.20	Kuchenteller weiss	0.50
Satz Schüsseln bunt	2.60	Likörgläser	0.25	Tassen	0.28 0.25 0.20
Platten rund, 30 cm	0.80	Weingläser glatt	0.30	Kaffeeservice 9 teilig, weiss	3.50
Teigschüsseln rund, 28 cm	0.90	Römer glatt	0.40	Kaffeeservice Goldrand, 15 teilig	13.50
Wassergarnituren 15.00 12.50 8.10	5.90			Tonnengarnitur 14 teilig	12.50
Esservice 23 teilig	12.50				
Tonnengarnitur 14 teilig	7.50				

Walter Pröpper, Kamen, Weststr. 54

Briefpapiere in einfachen und kleinsten Ausstattungen Verlobungsanzeigen Besuchskarten



empfehlen

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Grüne Herine
Schellfisch (frisch)
Goldbarsch
Büdinge
Gerlach
ger. Schellfisch. 167
Fr. P. Uhlmeier, Kirchstr. 10.

Beste Anthrazitkohlen
sowie Bräunungs- u. Rußkohlen
ständig auf Lager. 169
Kohlenhandlung Th. Kalbers,
Kunzeplatz 156. Telefon 364.

Möbel

fast neue Küche, Kleidergehänge,
Bettstellen, Oberbetten, Plüschsofa,
Freistuhl, Tisch, Stühle, Defen,
Gemälde, Bilder, Topfgarnituren,
Kaffee Service, Ch-Service
zu verkaufen. Teilzahlung gestattet.
H. Blume, Schillstraße 5.

2 Zimmeröfen u.
1 Kronleuchter
zu verkaufen. 168
Näheres in der Geschäftsst.

Junge Frau empfiehlt sich zum
Waschen u. Putzen
Näheres in der Geschäfts-
stelle der Zeitung. 164

Zahlungsaufforderung.



Von der westfälischen Land-
wirtschaftlichen Berufsgenossen-
schaft ist zur Deckung der durch
die Geldentwertung verursachten
Mehrausgaben die Erhebung weiterer Beitrags-
verschüsse angeordnet. Die Vorschüsse betragen
40 Goldpfennig für je 1 Mark der nach dem
Gesetz vom 21. 5. 1861 staatlich veranlagten
Grundsteuer. Alle Grundstückseigentümer, die
bisher Beiträge an die westf. landwirtschaft-
liche Berufsgenossenschaft zu entrichten hatten,
werden hiermit aufgefordert, die Vorschüsse bis
spätestens zum 1. Februar d. J. an die
Stadtkasse einzuzahlen. Bei nicht pünktlicher
Zahlung erfolgt sofort Zwangsversteigerung.
Die Höhe der Vorschüsse ist bei der Stadtkasse
zu erfahren. Zahlungspflichtige, welche Quittung
verlangen, haben der Kasse eine vorbereitete
Quittung vorzulegen.

Mit den Beiträgen für die Berufsgenossen-
schaft werden gleichzeitig die vorläufigen Land-
wirtschaftskammerbeiträge erhoben, die auf 50%
der Berufsgenossenschaftsbeiträge festgesetzt sind.
Kamen, den 19. Januar 1924.
165 Der Magistrat.

Anzeigen in der Kamener
Zeitung haben stets Erfolg

Münster, 10. Januar 1924.
6. Division,
(Wehrkreiskommando 6)
1. c. Nr. 17/24 perf.

Die augenblickliche innerpolitische Lage
zeigt, daß eine gewisse Beruhigung der Bevölke-
rung eintreten ist. Es ist anzunehmen, daß
dieser Zustand infolge der stabilen Währungs-
verhältnisse in der nächsten Zukunft erhalten
bleibt. Der Ausnahmezustand hat auf diejeni-
gen Elemente, die die trostlose Lage zu Un-
sturzgedanken auszunutzen suchen, heilsam ge-
wirkt, so daß auch angenommen werden kann,
daß von diesen Personen eine Gefährdung der
öffentlichen Ruhe und Ordnung vorläufig nicht
zu befürchten ist.

Den Zusatz 1 meiner Verordnung, 6. Di-
vision (Wehrkreiskommando 6) 1. c. Nr. 518
perf. vom 29. September 1923 setze ich des-
halb verfassungswidrig außer Kraft, soweit öffent-
liche Versammlungen in geschlossenen Räumen
in Frage kommen. Versammlungen unter
freiem Himmel und Umzüge aller Art bleiben
weiterhin verboten, weil die Erfahrung ge-
zeigt hat, daß gerade derartige Versammlungen
oft dazu benutzt werden, die öffentliche Ruhe,
Ordnung und Sicherheit zu gefährden. (Die
entsprechenden Verfügungen des preussischen Mi-
nisters d. J. vom 24. Juli und 10. Oktober
1923 bleiben demnach in Kraft.)

Den Enderufen öffentlicher Versamm-
lungen in geschlossenen Räumen wird aufgege-
ben, die Versammlungen mit Angabe der Na-
men der vorgesehenen Redner mindestens fünf
Tage vorher bei der örtlichen Polizeibehörde
anzumelden, von deren Genehmigung sie ab-
hängig sind. 163

Der Militärbeschriftungs-
b. Loßberg, Generalleutnant.
Veröffentlicht!
Kamen (Westf.), den 19. Januar 1924.
Der Landrat: Krennmer.

Bestellungen

auf die „Kamener Zeitung“ werden
jederzeit von den Boten und in der Ge-
schäftsstelle d. Zeitung entgegengenommen.

Jeder Abonnent hat entsprechend den auf-
liegenden Bedingungen Anspruch auf die kostenlose
Unfall-Unterstützung.

Der „Vorwärts“ zu den sächsischen Landwahlen.

Der „Vorwärts“ bezeichnet den Aus-
fall der sächsischen Gemeindevahlen als be-
sonderen Anlaß, wegen des Wahlausfalls zu
moralischen Partei und fährt fort:
Weder die bürgerlichen Parteien in ihrer
Gesamtheit noch die Kommunisten haben einen
besonderen Anlaß, wegen des Wahlausfalls zu
trumpfieren. Rufen die einen die durch den
Ausnahmestand geschaffenen besonderen Ver-
hältnisse für ihre Propaganda aus, so leben
die Kommunisten hauptsächlich von der außer-
ordentlichen Not, in der sich gerade die Ar-
beiterklasse des industriellen Sachsens jetzt lan-
gem befindet, wobei nicht verschwiegen zu werden
braucht, daß die Auseinandersetzungen inner-
halb der Sozialdemokratie manche besondere ra-
dikal geisteten, einmütig sozialdemokratischen
Wähler ins Lager der Kommunisten abgezogen
haben. Die mehr oder die Kommunisten gewun-

gen sein werden, in den Gemeinden praktische
Politik zu treiben, wird ihre Unfähigkeit dazu
auch den Wählern begreiflich werden. Ansonsten
bedeutet der Wahlausfall keinen Abschied, son-
dern den Beginn einer neuen Entwicklung.

Weitere Nachrichten.

Ein Willensbestimmer als Juwelenlieb-
haber. Aus Jena wird gemeldet: Wie der Ortspolizei in
Bad Berka aus Bad Berka gemeldet wurde, ist der
in Berka wohnende Willensbestimmer und Privat-
mann A. Brachmann bei einem Einbruchsdiebstahl
in einem Juweliergeschäft dortselbst ange-
troffen und auf der Flucht erschossen worden;
einer mitbeteiligten Person gelang die Flucht.
Durch weitere polizeiliche Nachforschungen konnte
festgestellt werden, daß der Mitbeteiligte der
Landwirtschaftslehre Dr. Hausmann aus Stottern-
heim ist. Der Weimarer Kriminalpolizei ge-
lang es, Hausmann in der Wohnung seiner
Brant in Weimar festzunehmen und auch eine
große Menge Diebstahlsgegenstände zu beschlagnahmen.

Herren- und Damenringe, teilweise mit kost-
baren Juwelen besetzt, Broschen, Ketten und
andere Schmuckgegenstände, zu beschlagnahmen. Im
Hause Brachmann wurde eine große Menge
Brillantringe, Ketten, Uhren usw. beschlagnahmt.

Eine Schafherde gestohlen. In Lands-
berg a. O. wurde in der Nacht eine ganze,
mit grünen Punkten und Ringen gezeichnete
Schafherde von 33 Stück mit samt dem Schäfer-
hund aus dem Pferd gestohlen, neben dem der
Schäfer schlief.

Mord wegen eines Hais. In Schwar-
zenberg bei Hamburg wurde vor einigen Ta-
gen der Förster Hohnsch erschossen aufgefunden.
Der Verdacht lenkte sich schon damals auf den
Kollegen des Hohnsch, den Revierförster Scher-
ring. Scherring hat jetzt ein Geständnis ab-
gelegt. Er will mit Hohnsch wegen eines Hais,
den Scherring für sich beanspruchte, in Streit
geraten sein. Dabei kam es zu Tötlichkeiten.
Scherring hat den Hohnsch mit einem Knüttel am
Kopf stark verletzt und später noch erschossen.

Beide Förster sind Bankrottgläubiger und standen
sonst in gutem Ruf.

Wölfe belagern ganze Dörfer. Der
ungewöhnlich strenge Winter hat es mit sich
gebracht, daß im Boigebiet in diesem Jahre
die Wölfe in derartigen Massen auftreten, daß
man zu ihrer Bekämpfung Militär hat aufbie-
ten müssen. Aus dem Bezirk von Markth wird
gemeldet, daß die hungrigen Wölfe zu Tau-
senden ein Dorf völlig eingekreist hatten und
in einer einzigen Nacht hundert Schafe und
zwanzig Kühe sich aus dem Dorfe zum Fraße
holten. Die Wölfe haben so alle Schen ver-
loren, daß sie selbst am Tage in die Dörfer
eindringen.

Aus dem Tal des Königs von Neuhütten
meldet Reuter, nachdem es gelungen war, alle
Schreine des Grabmals Tutankamens zu öff-
nen, von denen zwei die Siegel der königlichen
Neckpolys trugen, sei man im inneren auf
einen Sarkophag von tolosaler Größe und un-
vergleichlicher Arbeit gestoßen.



Unterhaltungs-Beilage der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Die Falkner auf Lindenhöhe.

Man von Eintracht und Mann.

(Schlußband verlesen.)

Der Kommissar ging auf die letzte Seite und fragte: „Sind Sie noch da?“

„Die Bestimmung eines Diensthabers ist es, die Befehle des Kommandanten zu befolgen, und das ist meine Pflicht.“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“

„Sind Sie noch da?“